

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

7. Mai 2009

21. Kreistagssitzung am 29. Mai 2009

Antrag: „Keine Kinderarbeit für den Main Kinzig Kreis !“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE stellt zu der der Kreistagssitzung am 29.05.2009, folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert die dem Main-Kinzig angehörenden Gemeinden und Städte sowie die Kreisverwaltung des Main-Kreises auf, bei zukünftigen Beschaffungen jeglicher Art die Herkunft und die Umstände der Herstellung der Waren zu überprüfen. Hilfestellung für eine praktikable Umsetzung ist ggf. bei den entsprechenden Hilfsorganisationen wie, z.B. „Terre des Hommes“ oder anderen Kommunen, die diese Vorgabe bereits umgesetzt haben, einzuholen.

Begründung:

Der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verweist für 2007 auf alarmierende Ergebnisse zum Thema Kinderarbeit. Weltweit müssen 165 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren arbeiten – und dies unter teilweise extrem gefährlichen Bedingungen. Der Hilfsorganisation Terre des Hommes zufolge kommen jedes Jahr mindestens 20.000 Kinder durch Arbeitsunfälle ums Leben.

Um etwas zu verändern, ist auch der Verbraucher hierzulande gefragt: „Große und kleine Unternehmen, Hilfswerke und Gewerkschaften engagieren sich bereits, um die Ausbeutung von Kindern zu beenden. Nur der Großverbraucher Öffentliche Hand schließt Produkte aus Kinderhand noch immer nicht aus“, so ein Resümee Barbara Küppers' von Terre des Hommes.

Immer werden bei Beschaffungen auch Produkte bestellt, die unter menschenunwürdigen Bedingungen von Kinderhand gefertigt wurden – oft unwissentlich. Weit verbreitet ist auch die Meinung, dass Kinderarbeit sich nur in günstigen Produkten versteckt. Das ist aber nicht zwangsläufig der Fall, eine Prüfung im Einzelnen ist hierbei unerlässlich.

Besonders betroffen sind zum Beispiel Natursteine für Straßenpflaster und öffentliche Gebäude, Berufskleidung, Sportbälle, Kaffee, Tee oder Orangensaft.

Bis heute haben bereits die Länder Bayern, Bremen, Saarland und Sachsen und über hundert Städte und Gemeinden erklärt, dass sie in ihrer Beschaffung das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit berücksichtigen werden.

Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie unter :

<http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinderarbeit/index.htm> (Zugriff v. 6.5.2009).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer